

INTERVIEW

Daniel Knecht: «Wir brauchen offene Märkte für unsere Produkte»

von Mathias Küng — az Aargauer Zeitung • 1.6.2017 um 05:30 Uhr



Daniel Knecht: «Wir haben immer wieder gewarnt.»

© Alex Spichale

Der Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer gibt das Zepter weiter – eine Bilanz.

Ja, darauf dass die AIHK heute als Kompetenzzentrum für wirtschaftspolitische Fragen für die Regierung wie für Gewerkschaften die erste Adresse ist. Wir haben unterschiedliche Interessen, aber ein gutes Verhältnis miteinander.

Was ist überhaupt nicht gelungen?

Wir haben immer wieder gewarnt, dass der Aargau grosse finanzielle Probleme bekommt, wenn er weiter so viele Ausgaben beschliesst. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Rechnungen verschickt werden. Jetzt sind sie da.

Viele der Rechnungen wurden aber in Bern geschrieben, etwa für die Gesundheitspolitik. Aber sie müssen im Aargau bezahlt werden.

Das stimmt, ja. Aber auch da müssen wir uns selber an der Nase nehmen. Der Aargau hat sich zu wenig gewehrt. Stolz bin ich hingegen, dass der Energiekanton Aargau am 21. Mai die Energievorlage abgelehnt hat, auch wenn er gesamtschweizerisch unterlag. Da kommt ein Bürokratiemonster auf uns zu. Wären die Gegner national früher gestartet, wäre diese Abstimmung zu gewinnen gewesen.

Bringt das neue Energiegesetz nicht vielen Anbietern Vorteile?

Kurzfristig schon. Besonders jenen, die dem süßen Gift der Subventionen erlegen sind. Aber das kommt nicht gut. Schauen Sie auf Deutschland, das seine Solarindustrie mit Riesensubventionen aufgebaut hat. Jetzt bricht alles zusammen. Was bleibt, sind Schnäppchen für die Chinesen.

Sie sagen, die Wirtschaft stecke in der grössten Umstrukturierung seit 25 Jahren. Was passiert genau?

In der Deutschschweiz haben wir vier grosse Wirtschaftskluster. Zürich mit Banken und Versicherungen, Basel mit Chemie/Life Sciences, Bern mit der Verwaltung, der Aargau mit Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Die Pharma kann ihre guten Preise weiterhin weltweit durchsetzen. Die MEM-Industrie hat aber in Osteuropa und in Fernost immer mehr qualitativ gute Konkurrenz. Dies und der Frankenschock machen ihr ertragsmässig sehr zu schaffen, drücken auf die Margen.

Und letztlich aufs Steuersubstrat. Trotzdem: Der Aargau zieht viele Firmen an, doch der Steuerertrag sinkt. Das geht nicht zusammen.

Unsere wirtschaftliche Lage wird als gut wahrgenommen, die Arbeitslosigkeit ist tief. Aber nur, weil Jobs, die in der Industrie verloren gehen, im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich neu entstehen, und damit direkt und indirekt die Staatsquote erhöhen. Von da kommen kaum Steuern, sie brauchen Steuern.

Eine Auswertung zeigt aber, dass auch viele Firmen hierherkommen.

Das stimmt. Es sind aber viele Start-ups darunter, die erst einmal investieren müssen. Auch Tochterfirmen oder Teilbereiche von Konzernen, die ihren Sitz woanders haben, und dort Steuern zahlen, kommen hierher. Das muss auf den Tisch. Der Aargau hat ein Anrecht auf einen fairen Anteil dieser Steuern. Er muss das selbstbewusst vortragen, andere tun das schon lange. Schliesslich stellt er Boden, Infrastruktur, gut ausgebildete Leute usw. zur Verfügung.

Sie forderten im az-Interview unlängst auch, der Aargau brauche mehr Life Sciences wie Basel.

Etwas verdeckt entwickelt sich der Aargau inzwischen tatsächlich zu einem Life-Sciences-Kanton. Schauen Sie ins Fricktal, wo die Basler Chemie enorm viele Arbeitsplätze aufgebaut hat. Schauen Sie auf die Dottikon ES-Gruppe, auf Siegfried in Zofingen. Da tut sich was!

Und doch gehen die Einnahmen des Kantons zurück.

Ja, die Steuerkraft ist in den letzten Jahren pro Einwohner um 200 Franken gesunken. Das ist besorgniserregend. Allein deshalb fehlen dem Staat 130 Millionen Franken! Das hat nebst den Schwierigkeiten der MEM-Industrie auch mit der Krise der Energieerzeugung zu tun, die im Aargau besonders stark ist.

Welches ist das höchste Wirtschaftsrisiko für den Aargau, die Schweiz?

Es wäre verheerend für uns, wenn der Protektionismus wieder überhandnehmen und der europäische und/oder der amerikanische Markt für uns zugingen. Gefährliche Tendenzen in diese Richtung sind leider da. Wir brauchen offene Märkte für unsere Produkte.

Der Wirtschaft hilft der Arbeitsfrieden, die Sozialpartnerschaft.

Wir respektieren uns gegenseitig. Wie belastbar die Sozialpartnerschaft ist, wird sich zeigen, wenn es mal zu einem grösseren Abbau oder Arbeitsplatz-Umschichtungen kommen sollte. Es mag zynisch klingen, mich freuen aber Streiks in Süddeutschland. Dort ist unsere stärkste Konkurrenz im MEM-Bereich. Streiks dort helfen uns, denn fast noch wichtiger als der Preis sind sichere, verlässliche Zulieferer.

Was ist denn der grösste Vorteil der Schweiz im Wettbewerb?

Diese Frage treibt mich seit Jahren um. Warum sind wir trotz hoher Lohnkosten in einer Welt im Umbruch immer noch so gut dabei? Meine Antwort steht fest: Dank unserem vergleichsweise liberalen Arbeitsrecht. Dem müssen wir unbedingt Sorge tragen und die Überregulierung zurückbauen! Die Schweiz lässt den Umbau der Wirtschaft zu, wenn es nötig wird. Und die Menschen akzeptieren das. Unter dem Strich kommt es für alle viel besser heraus als in Ländern wie Frankreich mit einem völlig überregulierten Arbeitsmarkt, wo dafür fast nur noch Zeitverträge abgeschlossen werden.

Sie übergeben das Präsidium an Marianne Wildi. Können Sie sich nun zwischendurch zurücklehnen?

Jetzt wartet meine nächste grosse Herausforderung auf mich. Meine Frau und ich haben drei Kinder. Ich will die Nachfolge in der Firma aufgleisen, und damit Kontinuität in der Führung und in der Eigentümerschaft gewährleisten. Zum Zurücklehnen bleibt keine Zeit, ich bin aber auch nicht der Typ für den Liegestuhl. Seien Sie versichert, mir wird nicht langweilig.